

Warum die Westbank am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs steht

Die Wirtschaftskrise im Westjordanland und die Ausweitung der israelischen Siedlungen hängen zusammen. Und zwar wie folgt.

Qassam Muaddi, mondoweiss.net, 11.07.24

Letzte Woche gab der Premierminister der Palästinensischen Autonomiebehörde, Muhammad Mustafa, bekannt, dass das israelische Finanzministerium einen Teil der Zollgelder freigegeben habe, die es den Palästinensern auf Anweisung des Finanzministers Bezalel Smotrich, eines Hardliners, monatelang vorenthalten hatte.

Der überwiesene Betrag belief sich Berichten zufolge auf 260 Millionen Dollar, was dem palästinensischen Zollgeld entspricht, das Israel in den Monaten April, Mai und Juni im Namen der PA eingezogen hatte. Doch selbst dieser Betrag beinhaltet einen wichtigen Abzug: den Anteil des Gazastreifens an den Zolleinnahmen, die Sozialleistungen für die Familien von Märtyrern und politischen Gefangenen sowie die Schulden der PA gegenüber Israel. Unterdessen beschloss die Weltbank, ihre jährliche Hilfe für die PA drastisch von 70 Millionen auf 300 Millionen Dollar zu erhöhen, wie Premierminister Mustafa letzte Woche mitteilte.

Der Grund für diesen plötzlichen Geldzufluss und die Rücknahme der Strafmaßnahmen des israelischen Finanzministeriums gegen die PA ist den meisten Beobachtern klar: Die Palästinensische Autonomiebehörde steht am Rande eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Sollte dieser eintreten, würde dies wahrscheinlich auch den Zusammenbruch der PA als Regierungsbehörde auslösen.

Die Erwartung eines solchen Szenarios wurde in den letzten Monaten immer häufiger geäußert, auch von der Weltbank, da die anhaltende Wirtschaftskrise im Westjordanland durch die Wirtschaftssanktionen Israels gegen die PA seit dem 7. Oktober noch verschärft wurden. Smotrich, ein Falke der Befürworter des Siedlungsbaus, betrachtet die Palästinensische Autonomiebehörde als Hindernis für das ultimative israelische Ziel einer Ausweitung des Siedlungsbaus im gesamten Westjordanland, und das trotz der Sicherheitskoordination der PA mit Israel.

Der rechte Finanzminister stimmte aber dennoch zu, einige der Sanktionen zu lockern. Der Grund dafür ist laut einer ungenannten westlichen diplomatischen Quelle, die von al-Araby al-Jadeed zitiert wird, dass die Überweisung Teil eines Abkommens zwischen den USA und Israel war. Israel würde die einbehaltenen Zollgelder freigeben und im Gegenzug würden die USA Israel erlauben,

vier israelische Siedlungsaußenposten im nördlichen Westjordanland zu „legalisieren“ (bemerkenswerterweise hat Israel diesen Legalisierungsprozess bereits vor einem Jahr unter Netanjahus rechter Regierung begonnen). Darüber hinaus kündigte Israel erst letzte Woche den größten palästinensischen Landraub seit über 30 Jahren an und beschlagnahmte 1.269 Hektar Land im Jordantal.

Doch selbst die teilweise Lockerung der Beschränkungen für einbehaltene Zollgelder an die Palästinensische Autonomiebehörde kann ihre Wirtschaftskrise auch nicht nur annähernd lösen. Die israelischen Wirtschaftssanktionen haben Hunderttausende palästinensische Angestellte im öffentlichen Dienst gezwungen, monatelang mit wenig oder gar keinem Gehalt auszukommen. Gleichzeitig hält Israel an der Aufhebung der Arbeitserlaubnis für etwa 100.000 palästinensische Arbeiter fest, die vor dem 7. Oktober in Israel und in israelischen Siedlungen gearbeitet haben.

Diese Maßnahmen haben den Geldfluss im Westjordanland lahmgelegt, zu einer Inflation der Preise geführt und Hunderttausende Familien in die Armut getrieben.

Die Wirtschaftskrise wird noch durch die tiefe politische Instabilität verschärft, die durch die Unfähigkeit der PA verursacht wird, die Palästinenser:innen vor gewalttätigen israelischen Überfällen, täglichen Verhaftungskampagnen und Mordanschlägen in palästinensischen Bevölkerungszentren zu schützen. Viele Beobachter sehen die Zeichen an der Wand und kommen zu dem Schluss, dass ein wirtschaftlicher Zusammenbruch oder eine politische Explosion das Westjordanland wahrscheinlich erschüttern wird.

Was Smotrich wirklich will

„Die Palästinenser im Westjordanland haben von der PA das absolute Minimum erwartet – nur regelmäßige Löhne und ein bisschen Recht und Ordnung“, sagt Zayne Abudaka, ein palästinensischer Ökonom, Aktivist und Unternehmer, gegenüber Mondoweiss. „Aber die Tatsache, dass die PA so sehr auf ein Einkommen angewiesen ist, das Israel einbehalten kann, macht es ihr unmöglich, das von ihr erwartete Minimum zu leisten. Das erhöht den gesellschaftlichen Druck auf der Straße.“

„Auf lange Sicht wird die Situation außer Kontrolle geraten, aber ich glaube nicht, dass Israel oder die USA die PA fallen lassen werden“, sagt Abudaka. „Die PA ist ein wichtiger Teil des Wirtschaftssystems, sie ermöglicht Geschäfte im Westjordanland und hält die Sicherheitskontrolle aufrecht, und selbst Smotrich, der die Zollgelder zurückhält, weiß das.“

Smotrich ist nicht nur Finanzminister. Er hat auch Machtbefugnisse über die Palästinenser, da er die Zivilverwaltung kontrolliert, das israelische Regierungsorgan, das über den Großteil des Westjordanlands herrscht. Seine Absicht ist es, die Palästinensische Autonomiebehörde zu stürzen und das gesamte Westjordanland unter israelische Herrschaft zu bringen. Im April rief Smotrich zum

Sturz der PA auf und bezeichnete sie als „direkte Gefahr für den Staat Israel“. Seitdem enthüllt ein geleakter Plan, der mit dem Minister in Verbindung gebracht wird, dass er beabsichtigt, über 60 % des Westjordanlands – die Gebiete, die im Osloer Abkommen als Gebiet C bezeichnet werden – für Israel zu annektieren.

Doch Abudaka glaubt, dass ein Großteil von Smotrichs Rhetorik nur Getöse ist. „Smotrich kann große Reden über den Sturz der PA schwingen, aber wenn er dann endlich einen Teil des Geldes der PA herausrückt und im Gegenzug die US-Genehmigung erhält, vier oder fünf Außenposten im Westjordanland zu legalisieren, zeigt das, dass es genau das ist, was er von Anfang an wollte“, sagt Abudaka gegenüber *Mondoweiss*. „Gleichzeitig sagten 20 % der Palästinenser, die vor dem Krieg in Israel arbeiteten, dass sie an ihren früheren Arbeitsplätzen weiter arbeiten, weil Israel die palästinensischen Arbeitskräfte braucht, um die israelische Wirtschaft am Laufen zu halten.“ Gleichzeitig glaubt Abudaka, dass die wirtschaftliche Strangulierung des Westjordanlands gesellschaftlichen und politischen Druck auf die PA ausübt. „Eine solche Situation kann der PA den Rest geben“, fügt er hinzu.

Doch die Krise vor Ort verschärft sich weiter. Einer im April und Mai von einem unabhängigen palästinensischen *Think Tank* durchgeführten Umfrage zufolge gaben 47 Prozent der Palästinenser im Westjordanland an, ihre Familien seien erheblich von der wirtschaftlichen Lage betroffen, und 65 Prozent sagten, sie würden die Auswirkungen steigender Lebensmittelpreise spüren.

Laut Eid Abu Munshar, dem Koordinator von Shabab al-Kheir, einer Freiwilligeninitiative, die Lebensmittelpakete und warme Mahlzeiten an bedürftige Familien in Hebron verteilt, „ist die Zahl der bedürftigen Familien in der Stadt von 120 vor dem Krieg auf über 500 im Juli gestiegen.“

„Während des Opferfests Mitte Juni konnten wir nicht alle Hilfsanfragen für Lebensmittelpakete erfüllen“, erzählt Abu Munshar *Mondoweiss*. „Wegen eines starken Rückgangs der Spenden konnten wir weniger als 100 der über 500 geplanten Lebensmittelpakete verteilen.“ „Wir sind vollständig auf lokale Spenden aus der Gemeinde angewiesen“, stellt er klar. „Und viele unserer Spender sind selbst zu bedürftigen Familien geworden, die Hilfe benötigen, insbesondere [staatliche] Angestellte und Arbeiter.“

Dies alles hat zu einem dramatischen Rückgang des Kaufverhaltens im Westjordanland geführt, was wiederum die Geschäfte in Mitleidenschaft zieht. Abu Munshar bestätigt, dass die örtlichen Händler in Hebron „am kämpfen sind, um ihre Geschäfte am Laufen zu halten“.

„Einer der Fälle ist eine Familie mit sieben Kindern, deren Vater ein erfahrener Arbeiter in Israel war und genug verdiente, um an unsere Initiative zu spenden“, fährt er fort. „Seit Beginn des Krieges hat er keinen einzigen Tag in Israel gearbeitet, und die Einkünfte der Familie sind so stark gesunken, dass sie sogar Schwierigkeiten haben, sich Nahrung zu sichern und die Grundbedürfnisse des Lebens zu decken.“

„Ein anderer Fall ist eine Familie, deren Ernährer ein Regierungsangestellter ist. Er hat seit Monaten kein regelmäßiges Gehalt mehr bekommen und kann jetzt nicht einmal nach Gelegenheitsjobs suchen, weil er von den Besatzungstruppen verhaftet wurde und seine Familie nun ohne Einkommen dasteht“, fügt er hinzu.

Selbst die Mitarbeiter der Sicherheitskräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde sind von der Wirtschaftskrise nicht verschont geblieben. *Mondoweiss* sprach mit einem Mitarbeiter der Sicherheitskräfte in Ramallah, der anonym bleiben möchte. „Ich bin seit Monaten auf Nebenjobs angewiesen“, sagt er. „Und wir sind jetzt noch mehr auf das Einkommen meiner Frau angewiesen, da sie im privaten Sektor arbeitet.“

„In den letzten anderthalb Jahren habe ich das einzige Mal im März 2023 ein volles Gehalt erhalten, und für die restlichen Monate bekam ich eine Zahlung von 50 % oder 60 % und manchmal sogar 80 %“, fährt er fort. „Auf meiner Gehaltsabrechnung steht immer ein Satz, der besagt, dass mir die Regierung den Rest des Geldes schuldet und sie es mir bezahlen wird, wenn Mittel verfügbar sind. Das Einzige, was die Mitarbeiter ruhig hält, ist dieser Satz auf unseren Gehaltsabrechnungen.“

Den Status Quo retten

Laut Abudaka „machen die PA-Gehälter rund 30 % der Gesamtgehälter im Westjordanland aus, während Arbeiter in Israel rund 40 % der Gesamtgehälter im Westjordanland erwirtschaften, was diese beiden Sektoren zum Rückgrat der Wirtschaft im Westjordanland macht. „Dadurch wird jede Krise ihrer Einkommen zu einer allgemeinen Krise der übrigen Wirtschaft“, erklärt er.

„Der Grund dafür ist die Anbindung an die israelische Wirtschaft. Und es ist eine einseitige Beziehung, in der das Westjordanland ein freier Markt für die israelische Produktion ist und die Entwicklung eines palästinensischen Produktionssektors stark eingeschränkt wird durch die Wirtschaftsabkommen, die die PA [in den 1990er Jahren] mit Israel unterzeichnet hat, allen voran das Pariser Wirtschaftsprotokoll“, sagt Abudaka.

Die PA selbst setzt mit 50 bis 60 Prozent ihres Budgets auf die Besteuerung des Konsums durch eine Mehrwertsteuer von 16 Prozent statt auf die Besteuerung des Einkommens, sagt Abudaka, was ein Produkt des Charakters des politischen Systems sei. „Um Einkommen zu besteuern und eine Art Gerechtigkeit zu schaffen, bräuchte man eine politische Situation, in der es eine rechtskräftige Aufsicht und Rechenschaftspflicht gibt, was wiederum ein gewisses Maß an Bürgerbeteiligung erfordert“, erklärt er. „Und dazu braucht es ein funktionierendes Parlament und Wahlen.“

Abudaka glaubt, dass die PA selbst im Rahmen der restriktiven Parameter der Pariser Protokolle in produktivere Sektoren hätte investieren können. „Aber sie haben den einfachen Weg gewählt und sich an den politischen Status quo gehalten, der auf einer Konsumwirtschaft beruht“, erklärt er.

„Die Lösung dieses wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problems ist keine wirtschaftliche, sondern eine politische: die Beendigung der Besatzung“, sagt Abudaka. „Indem wir den Bürgern die Möglichkeit geben, an wirtschaftlichen Entscheidungen mitzuwirken, oder vielleicht Wahlen abhalten, könnte ein Teil des gesellschaftlichen Drucks abgebaut werden.“

Doch Abudaka glaubt, dass die Zeit für einen systemischen Strukturwandel in der PA passé ist. „Strukturelle Veränderungen hätten in Zeiten der Stabilität vorgenommen werden müssen“, erklärt er. „Aber jetzt kann als Einziges nur noch das System gestärkt werden, damit es mögliche soziale Unruhen übersteht.“

Der israelische Völkermord in Gaza geht unvermindert weiter, ohne dass es eine Vision für ein Ende des Krieges gäbe. Dies führt zu einer politischen Krise in Israel, die Smotrich die Deckung bietet, die er braucht, um den Rest des Westjordanlandes aufzufressen. Die USA geben Smotrich, was er will, im Austausch für eine flüchtige Wiederherstellung des ökonomischen Status quo ante, und die Weltbank kann herbeieilen, um den Finanzsektor im Westjordanland weiter zu stärken. Aber das ist alles kaum mehr als eine Morphiumspritze, die der PA eine vorübergehende Atempause vor einem möglichen Zusammenbruch verschafft.

Qassam Muaddi ist Palästina-Redakteur bei Mondoweiss.

Quelle:

<https://mondoweiss.net/2024/07/why-the-west-bank-is-on-the-verge-of-economic-collapse/>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de